

# Auer Tageblatt

Verleger: Dr. Hermann Auer  
Redaktion: Auer-Verlag  
Verlag: Auer-Verlag  
Telegraphische Anstalt: Auer-Verlag

## Anzeiger für das Erzgebirge

Verleger: Dr. Hermann Auer  
Redaktion: Auer-Verlag  
Verlag: Auer-Verlag  
Telegraphische Anstalt: Auer-Verlag

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 60

Sonnabend, den 11. März 1922

17. Jahrgang

### Das Wichtigste vom Tage.

Der Reichspräsident hat den bisherigen Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Hermes unter Entbindung von der Führung seines Ministeriums zum Reichsminister der Finanzen ernannt.

Der Vorstand der Reichstagsfraktion der Unabhängigen hat an den Reichskanzler und die Zentrumsfraktion Schreiben verfaßt, in denen er seine Anschuldigungen gegen Dr. Hermes wiederholt und um Stellungnahme der Reichsregierung ersucht.

Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten tritt Anfang kommender Woche wieder zusammen, um weitere Erklärungen der Reichsregierung über die Genuafrage und die russische Frage entgegenzunehmen.

Beim Völkerbundsekretariat ist die Mitteilung eingetroffen, daß Deutschland an der europäischen Konferenz zur Bekämpfung der Epidemien in Osteuropa, die am 20. März in Warschau zusammentritt, teilnehmen wird.

### Steuerkompromißliches.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Die glückliche Verständigung über das Steuerkompromiß wird nun doch durch allerlei Nebenerscheinungen getrübt. Es ist für uns in Deutschland vielleicht von entscheidender Bedeutung, daß nach der Verabschiedung der gegenwärtigen Steuervorlagen eine Atempause eintritt. Wir brauchen einen Zustand innerer Festigung und sorgfamer Verbesserung unserer Steuerorganisation. Gerade darum war die Erneuerung des neuen Reichsfinanzministeriums eine gebieterische Notwendigkeit, die hier stets vertreten worden ist. Jetzt ist die Erneuerung gerade erfolgt und schon werden so präzis und detaillierte Angaben über die leidige Weinangelegenheit des Ministers bekannt, daß selbstverständlich die Führung des Reiches in eine peinliche Nachprüfung aller dieser Angaben eintreten muß. Dadurch wird wiederum die Unruhe in die gegenwärtige Steuerberatung gebracht, die zweifellos dem Gelingen des großen Werkes nicht günstig ist. So muß man sich zunächst mit der Feststellung begnügen, daß es erfreulich ist, daß sich für die Gesamtheit der Steuervorlagen eine breite Mehrheit nunmehr bindend feststeuert hat.

Wenn man die Bedingungen und Garantien durchleitet, die die Deutsche Volkspartei aufgestellt hat, dann wird man freilich unwillkürlich an das alte Wort von dem freisenden Berg und dem lächerlichen Mäuslein erinnert. Wochenslang wurde die politische Welt in Atem gehalten mit der Ankündigung dieser Denkschrift. Jetzt, wo sie erschienen ist, vermag man außer dem Vorhinein eines Erparungsministers beim besten Willen nichts Neues in den volksparteilichen Forderungen zu entdecken. Es ist selbstverständlich, daß die Reichsregierung ihre Forderung nicht in bloßen Tarifierhöhungen sehen, und ebensowenig darf man sich mit Ministererklärungen begnügen. Die Deutsche Demokratische Partei hat bei den vergangenen Etatberatungen weitläufig nachdrücklichsten von allen Parteien die Forderung nach einer organischen Reform der Reichsregierung erhoben. Die Wirtschaftsmessung unserer öffentlichen Betriebsverwaltungen kann nur durch eine gründliche Umstellung auf die moderne kaufmännische Wirtschaft ermöglicht werden. Die weitere Forderung, daß die Zwangsanleihe nicht etwa in typische Zuschußverwaltung hineingepulvert werden soll, was eigentlich schon durch die erste Umwandlung verwirklicht. Darüber herrschte unter allen Koalitionsparteien Einverständnis. Das wirklich Neue in der volksparteilichen Denkschrift ist lediglich die Forderung des Sparkommissars, da auch die anderen Wünsche Gemeingut der übrigen Parteien sind. Es ist freilich eine mühsame Sache, Ersparnisse durch neue Ausgaben beginnen zu lassen. Wir haben schon einmal einen Sparkommissar gehabt. Dieser ist feinerzeit, wie der demokratische Abg. Koch im Hauptauschuß mit Recht dargelegt hat, auf Veranlassung des damaligen Finanzministers Wirth abberufen worden. Abg. Koch konnte aber darauf hinweisen, daß wichtige Ersparnisvorschläge von ihm feinerzeit gemacht worden sind. Es arbeitete eine Erparungskommission im Reichsministerium des Innern, und diese hat nicht nur den Etat ihres engeren Ressorts verkürzt, sondern auch sonst zur Aufhebung von allerlei überflüssigen Ausgaben geführt. Ob es deshalb richtig ist, das frühere Experiment zu wiederholen, darf als zweifelhaft gelten. Bekanntlich braucht ein Kommissar oder gar ein Mini-

ster einen ganzen Apparat. Die Erparung würde also mit einer Mehrausgabe zunächst einsehen. Das ist stets mißlich. Gewiß ist in solchen Fällen die Persönlichkeit die Entscheidende. Findet man einen Mann, der fähig ist, sich durchzusetzen, so soll man in Gottes Namen diesen Weg ruhig gehen. Man spricht jetzt von dem bisherigen Entwaffnungskommissar Dr. Peters, auch andere Namen werden genannt. Wir lassen ganz dahingestellt, ob ihre Träger sich für das Amt eignen. Das Entscheidende ist, daß die einzelnen Ressorts feste Vorschläge zu machen in der Lage sind, wie bei ihnen gespart werden soll. Das Wichtigste wäre darum, den Finanzminister nicht nur mit einem weitgehenden Weisheitsrecht auszustatten, sondern er müßte auch in den Stand gesetzt werden, feinerzeit Vorschläge zu machen. Gerade darum ist es auch absolut notwendig, den Fall Hermes sofort restlos aufzuklären. Ob das in einem Gerichtsverfahren ausreichend und schnell geschehen kann, will uns zweifelhaft erscheinen. Auch ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß arbeitet erfahrungsgemäß nicht gerade rasch. Es ist deshalb die Pflicht des Reichskabinetts, umgehend alle die Angaben nachzuprüfen, die jetzt gemacht worden sind. Das Kabinett muß die Korrespondenz des Reichsministers mit dem rheinischen Winzerverband einfordern, und auch die Prokolle nachprüfen. Ergibt sich daraus eine Unkorrektheit des Ministers, so muß ein anderer an seine Stelle treten. Fürher aber diese peinliche Untersuchung dazu, daß Hermes nichts Ehrenrühriges nachzusagen ist, dann hat das Reichskabinett entschlossen an seine Seite zu treten. Die Kritiker müssen verstummen, und es muß im Reichsfinanzministerium und in der Steuerverwaltung auf die Arbeit gegangen werden. Die Belange des Vaterlandes erfordern dringend eine gleichzeitige stetige Einwirkung der Finanzbehörden auf den neuen gesetzgeberischen Zustand. Nur so ist eine engernde Möglichkeit gegeben, das Werk der inneren finanziellen Gesundung mit Erfolg zum guten Ende zu führen. Das letzte Wort liegt freilich bei den Gegnern, die die Reparationsfrage in einer Form beantworten müssen, die nicht die ausgesprochene Durchkreuzung unseres inneren Reformwillens ist.

### Doch eine Reparationsanleihe?

Frankische Niederlage auf der Finanzminister-Konferenz.

Der Matin stellt fest, daß Frankreich am Donnerstag auf der Konferenz der verbündeten Finanzminister habe nachgeben müssen und bemerkt dazu u. a., wenn Frankreich auf seiner Ansicht, daß die Beschlüsse von Cannes hinsichtlich seiner, beharrt hätte, so hätten die Verbündeten verlangen können, daß man auf das Abkommen von Spa zurückgreife, d. h. also, daß alle die Zugeständnisse, die Frankreich inzwischen erreicht habe, gestrichen würden. Nach Meinung des Matin dürfte es indessen die Nachteile gelingen. Einige Verbesserungen der Abmachungen von Cannes zu erzielen. Das Blatt nimmt an, daß gestern oder heute das Wiesbadener Abkommen ratifiziert werden wird, so daß Frankreich in den Genuss seiner Vorteile treten kann. Der Welt Parisien schreibt, die Finanzminister würden vor Beendigung der Beratungen — somit also auch vor Genua — die Frage erörtern, wie sich die Unterbringung einer deutschen Anleihe im Ausland, die vor allem dazu bestimmt sei Frankreich und Belgien zu entschädigen, ermöglichen lasse. Die Mehrheit der französischen Blätter scheint durchaus nicht zu bedauern, daß die Vereinbarungen von Cannes mit einigen Verbesserungen, für die man dem Finanzminister de Lasteyrie dankt, nun doch in Kraft treten werden. Die Blätter heben mit besonderer Genugtuung hervor, daß die Finanzminister auch die Frage der großen internationalen Wiedergutmachungsanleihe angeschnitten haben. Nur die rechtsernationalen Organe benähigen die Beschlüsse der Konferenz und greifen gleichzeitig das Kabinett Poincaré an. Tardieu gibt seinem Artikel im Echo Nationale (dem Blatte Clemenceaus) die Ueberschrift: Die Diktatur der Schatten. Er äußert sein Bedauern darüber, daß Poincaré sich auf Zusagen Briands berufe, und sagt zum Schluß, man müsse endlich erfahren, ob Poincaré regiere oder ob die Schatten Briands und Doumergues Frankreich leiteten. Der Wiedergutmachungsausschuß hat sich mit dem tschechoslowakischen Kredit für Oesterreich beschäftigt, da seine Zustimmung wegen der Garantien nötig ist. Die zur Wiedergutmachung durch Artikel 197 des Vertrages von Saint Germain festgesetzt worden sind. Der Ausschuss hat der Aufhebung der Hypotheken zugestimmt, aber die Aufmerksamkeit der österreichischen Regierung auf die Notwendigkeit gewisser Finanzreformen gelenkt.

### Die gleitende Lohnskala.

Rundgebung der Arbeitgeberverbände.

Der große Ausschuss der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat sich im Reichsarbeitsministerium, im Reichstag und in der Presse in der letzten Zeit vielfach erörterter Frage der gleitenden Lohnskala eingehend beschäftigt und ist hierbei in Uebereinstimmung mit der ständigen Auffassung des Tarifausschusses der Vereinigung zu folgendem Standpunkt gekommen: Die Lohnhöhe kann sich nicht lediglich nach den Lebenshaltungskosten richten, sondern ist in besonderem Maße von der Leistung des einzelnen Arbeiters, der Art seiner Arbeit, den Verhältnissen des Unternehmers und den wirtschaftlichen Gesamtlagen abhängig. Ist es schon danach grundsätzlich falsch, die Lohnhöhe lediglich auf einen Lebenshaltungsindex abzustellen, so birgt das System automatischer Lohnfestsetzung außerdem die große Gefahr in sich, daß es das eigene Verantwortungsgefühl des Arbeiters beim Streben nach höherer Entlohnung verringert oder gar beseitigt und damit die Arbeitsmoral und die Arbeitsleistung ungünstig beeinflusst. Es würde sich auch gar nicht vermeiden lassen, daß automatisch eintretende Lohn-erhöhungen eine ungünstige Einwirkung auf die Preisgestaltung der gesamten Lebensbedürfnisse haben, da sie zu einer ebenso automatischen Verteuerung der gesamten Lebenshaltung führen und so wiederum Anlaß zu neuen Lohnsteigerungen geben. Neben diese sozialen und wirtschaftlichen Gründe gegen die Einführung der gleitenden Lohnskala tritt das weitere Bedenken, daß ein fester, von künftigen Entwicklungen unabhängiger Gleitender Ausgangspunkt für die zeitliche Bestimmung der gleitenden Abne fehlt und daß sich kaum einwandfreie und praktisch brauchbare Indizes, auf welcher Grundlage man sie auch errechnen mag, werden finden lassen. Daher ist eine Durchführung der gleitenden Lohnskala unter ausreichender Berücksichtigung aller wirtschaftlichen, sozialen, politischen und persönlichen Verhältnisse nicht möglich. Sie würde, wenn durch zentrale Maßnahmen oder gar durch gesetzlichen Zwang erfolgt, eine ernsthafte Störung des gesamten, in nationaler Entwicklung aufgedauten Systems sozialer und ökonomischer Tarifverträge nach sich ziehen und deshalb den Wirtschaftsfrieden nicht fördern. Wenn die gleitende Lohnskala nach vorliegenden Erfahrungen vereinzelt in eng begrenzten Fällen auch ohne Nachteil zur Anwendung kam, vielleicht sogar gewisse Vorteile geboten haben mag, so kann sie doch aus den dargelegten Gründen weder für die Privatindustrie, noch für die von demselben Voraussetzungen wirtschaftlicher Lohngestaltung abhängige Staatsverwaltung und Staatswirtschaft als allgemeines Entlohnungssystem übernommen werden und ist deshalb abzulehnen.

### Gesundheitszeugnisse

vor der Eheschließung.

Ueber diese Frage hat der preussische Gesundheitsminister dem Landtag eine Denkschrift vorgelegt. Nach eingehender Untersuchung über die Minderung unserer Volkskraft und Gefährdung unseres Nachwuchses durch den Krieg, ferner der Gefährdung der Ehegatten und der Nachkommenschaft durch Geschlechtskrankheiten werden eine Reihe von Vorschlägen zur Erstellung rassengigienischer Untersuchungen gemacht. Dabei werden Gedanken, wie die Unfruchtbarmachung von Verbrechern, Geisteskranken usw., die in gefährlichen Staaten Nordamerikas gesetzlich eingeführt ist, ferner Eheverbote, wie sie in Nordamerika und Schweden existieren, abgelehnt und auch der Austausch von Gesundheitszeugnissen nach Uebereinkommen unter den Verlobten nicht empfohlen. Vorgeschlagen wird dagegen der zwangsweise Austausch von Gesundheitszeugnissen, wobei es freilich den Verlobten überlassen sein soll, ob sie daraus Folgerungen für sich ziehen wollen. Zur Ausstellung dieser Zeugnisse sollen besondere ärztliche Eheverbote geschaffen werden. Angehängt ist der Denkschrift das Merkblatt für Eheschließende, von dem man sich freilich nicht die nötige Wirkung verspricht, da es erst bei Anordnung des Ehegerichts den Verlobten ausgehändigt wird.

### Ein neuer Abrüstungsplan.

Auf der Washingtoner Konferenz ist bekanntlich der Plan einer Herabsetzung der Rüstungen zu Grunde an dem Widerstande Frankreichs gescheitert. Das von der Furcht vor einer Wiederkehr Deutschlands wie hypnotisiert ist und nicht abzubauen sein Feuer immer noch vergrößert. Man erinnert sich, daß dieser unnötige Widerstand Frankreich zu schweren Konventionen nicht nur mit den europäischen Staaten, son-